



Birma / Myanmar

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
50,5 Millionen	Buddhisten 74,5%	Sonstige 4,1%
	Animisten 9,7%	
	Christen 7,9%	
	Muslime 3,8%	

Nach fünfzehn Jahren Gefängnis und Hausarrest wurde im November 2010 die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi in die Freiheit entlassen. Doch bedeutet dies nicht, dass die Militärjunta in Birma (heute offiziell als Myanmar bezeichnet) bereit wäre, Kompromisse einzugehen und pro-demokratischen Kräften entgegenzukommen. Fest entschlossen hält sie an ihrer Macht fest. Zahlreiche westliche Politiker appellierten dagegen an die burmesische Militärregierung, auch die mehr als zweitausend anderen politischen Gefangenen freizulassen.

Ebenfalls im November 2010 fanden Parlamentswahlen statt, die ersten seit zwanzig Jahren. Damals hatte die Partei von Aung San Suu Kyi, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), die Wahlen gewonnen, was von der Militärführung des Landes aber nie anerkannt worden ist. Diesmal boykottierte die NLD die umstrittenen Wahlen, aus der erwartungsgemäß die Kandidaten der regierenden Militärjunta als eindeutige Sieger hervorgingen.

Auch im Berichtszeitraum 2009 bis 2010 wurden die Menschenrechte und die Religionsfreiheit in Myanmar weiterhin systematisch unterdrückt. Es gab keine Religionsgemeinschaft, die von Gewalt und Missbrauch verschont geblieben wäre. Seit buddhistische Mönche im Jahr 2007 eine Demonstration angeführt haben, unterdrückt der Staat ungehindert mit eiserner Hand Klöster und religiöse Führer sowie ethnische Minderheiten wie die Karen, die überwiegend aus Christen bestehen, aber auch die Rohingya, eine muslimische Gruppierung. Die Versprechen, die anlässlich der Parlamentswahlen für 2010 abgegeben worden waren, führten zu keinerlei positiven Veränderungen im politischen System.

Das Wahlgesetz, das ohne Konsultierung der Oppositionspartei angenommen wurde, wurde eigens dafür entworfen, die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aus dem Rennen zu werfen. Das Außenministerium der Vereinigten Staaten klassifiziert Myanmar als ein Land,

das hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte „besonders besorgniserregend“ ist.

Politische Situation

Die derzeitige Militärjunta ergriff 1988 die Macht. Seither hat sie ihren Namen State Law and Order Restoration Council (SLORC) in State Peace and Development Council (SPDC) umgewandelt. Diese Regierung hat ein politisches System aufgebaut, mit dem sie eine absolute Kontrolle über Myanmar ausübt. Nach der militärischen Machtübernahme wurde im Ausland die Exilregierung National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB) gegründet. Sie ist auf internationaler Ebene aktiv und knüpft Beziehungen mit freundlich gesinnten Regierungen, Diplomaten, internationalen Nichtregierungsorganisationen und anderen Organisationen weltweit. Damit tut sie das, was im Lande lebenden Befürwortern der Demokratie verwehrt ist. Ihr Interessenschwerpunkt liegt bei den Vereinten Nationen.

Selbst die von der SPDC im Jahr 2008 eingeführte Verfassung ist ein Schlag ins Gesicht für die internationale Gemeinschaft. Sie schließt viele bedeutende burmesische politische Parteien aus, einschließlich solcher, die ethnische Gruppen vertreten und das Rückgrat der Union von Myanmar bilden. Sie garantiert weder freie und faire Wahlen noch schützt sie die Menschenrechte burmesischer Bürger.

Myanmars Rechtssystem und politisches System behindern die wirtschaftliche Entwicklung im Land. Obwohl das Land enorm reich an natürlichen Ressourcen ist, sind Millionen von Menschen nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Reichtum befindet sich in der Hand der militärischen Oligarchie. Selbst eine bescheidene Entwicklung und ein Sozialwesen werden der Mehrheit der Bevölkerung versagt. Inländische und ausländische Investitionen werden unterbunden. Wirtschaftliche Aktivitäten sind begrenzt auf reine Ausbeutung nichterneuerbarer natürlicher Ressourcen, einschließlich der Urwälder und Mineralien. Die für dieses Land so lebensnotwendige Landwirtschaft wird vernachlässigt.

Im August 2009 startete die Junta eine neue Offensive gegen Rebellenbewegungen, insbesondere gegen die Karen (Kayin) und die Shan, in deren Staa-

ten Christen einen Großteil der Bevölkerung ausmachen. Ihr Ziel war es, die Rebellen vor den Wahlen 2010 zur Kapitulation und zur Zusammenarbeit mit der Regierung zu zwingen, um die Landesgrenzen zu sichern.

Der Plan, die secessionistischen Gruppen in eine Truppe von Grenzsoldaten umzuwandeln, ging nicht wie vorgesehen reibungslos vonstatten. Die kleineren Gruppen gaben nach, aber die größeren leisteten weiterhin Widerstand. Aus diesem Grund entschied das Regime, die gleiche Strategie wie in Karen anzuwenden nach dem Prinzip: teile und herrsche. In der Tat versuchte die Militärjunta in den frühen 1990er Jahren, die politisch bedeutendere Karen-Bewegung, die Karen National Union (KNU), welche die Friedensangebote der Regierung abgelehnt hatte, zu unterwandern, einige ihrer Mitglieder zu bestechen und dann die Organisation von innen her zu spalten. Dies gelang ihr 1994, als sich eine Gruppe von der Karen National Liberation Army (KNLA), dem bewaffneten Flügel der KNU, abspaltete, um die Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) zu gründen.

Die im Sommer 2009 gestartete Offensive hatte einen Exodus biblischen Ausmaßes zur Folge. Nach Angaben nichtstaatlicher Quellen überquerten Tausende burmesischer Bürger die Grenze nach China, um vor dem Konflikt zwischen den Regierungstreitkräften und den Shan-Rebellen zu fliehen. Weitere 6500 Menschen flohen nach Thailand.

Lage der Christen

Ein neues Gesetz aus 2009 verbietet de facto alle unabhängigen „Hauskirchen“, so dass sich viele von ihnen gezwungen sehen, im Untergrund zu existieren, da ihre Bauanträge für Gebetsstätten, in denen sie ihre Gottesdienste feiern könnten, regelmäßig verworfen werden. Seit langem blockiert die Militärjunta auch die Ausstellung von Eigentumstiteln für Grundstücke, die den Religionsgemeinschaften den Bau von Kirchen und anderen Gebetsstätten ermöglichen würden. Dies hat viele Gläubige und Pastoren dazu getrieben, an „alternativen“ Orten, z. B. in Privathäusern, zusammenzukommen, die in den meisten Fällen von Dritten gemietet werden.

In einem Bericht der Burma Campaign UK heißt es, dass die Behörden im Januar 2009 die Schließung von mindestens 100 Kirchen in Yangon ange-

ordnet haben, einschließlich der Wather Hope Church und der Assemblies of God Church. Pastoren wurden genötigt, Dokumente zu unterzeichnen, in denen sie sich verpflichteten, keine religiösen Feierlichkeiten mehr durchzuführen, andernfalls müssten sie mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Beamte des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten forderten die Eigentümer von Gebäuden, in denen sich Gemeinden versammelt hatten, auf, ihr Eigentum nicht an religiöse Gruppen zu vermieten. Die Schließung von Kirchen ist lediglich eine weitere Maßnahme der bereits bestehenden Religionspolitik der Junta, die den Buddhismus auf Kosten anderer Religionen stärken will, um den Einheitsgedanken einer nationalen Identität zu fördern.

Nach den Worten der Chin Human Rights Organisation (CHRO) hat die Armee eine inoffizielle Politik eingeführt, die sich am besten in drei Worten zusammenfassen lässt: Amyo, Batha, Thathana. Dies bedeutet übersetzt: Eine (burmesische) Rasse, eine (burmesische) Sprache, eine (buddhistische) Religion.

Einigen Beobachtern zufolge stehen hinter dem scharfen Vorgehen gegen Christen politische Überlegungen und Imagefragen. Trotz eines Verbots durch die Regierung brachten christliche Gruppen weiterhin Hilfe zu den Opfern des Wirbelsturms Nargis, der das Land 2008 in Mitleidenschaft gezogen hatte. Dies versetzte besonders die Behörden in Alarm, die befürchteten, dass die Anwesenheit von Christen unter den Hilfskräften, die den Flüchtlingen vom Irrawaddy-Delta halfen, bei Buddhisten zu Konvertierungen zum Christentum führen könnte. Christen werden auch deshalb angegriffen, weil sie wie alle anderen Organisationen, und besonders seit den Massenprotestbewegungen im Jahr 2008, verdächtigt werden, an regierungsfeindlichen Aktivitäten teilzunehmen.

Und schließlich, was nicht weniger von Bedeutung ist: Christen sind stark unter den ethnischen Minderheiten wie den Karen und den Chin vertreten, die das Militär bekämpfen, um die staatliche Unabhängigkeit zu erlangen. Viele von ihnen sind nach Thailand und Indien geflohen, wo sie in Flüchtlingslagern leben. Im Chin-Staat wurden die auf den umliegenden Berggipfeln errichteten Kreuze, die für die dortigen Bewohner ein Ausdruck ihres Glaubens sind, niedergerissen und oft durch Pagoden ersetzt. Christen sind gezwungen, eine jährliche Steuer zur Unterstützung des Buddhismus zu zahlen. Wenn sie kon-

vertieren, fallen ihnen Privilegien zu wie die Befreiung vom regelmäßigen Wehrdienst.

Aus protestantischen Quellen ist bekannt, dass Christen auch in den sogenannten „Konfliktzonen mit geringer Intensität“ systematisch verfolgt werden. Die systematische Misshandlung der Volksgruppe der Chin, die hauptsächlich aus Christen besteht, geht in der Tat auf das Konto des Militärregimes von Myanmar. Soldaten unterwerfen die Christen der Zwangsarbeit, foltern und verfolgen sie. In einem Bericht, der Aussagen von Augenzeugen verschiedener ethnischer Minderheiten der Chin enthält, stellt Human Rights Watch (HRW) fest, dass Mitglieder dieser Gruppe Opfer von Missbrauch sind und ihre Grundrechte von der Armee auf Befehl der Junta verletzt werden.

Zur Vorbereitung ihrer Studie hatte die HRW zwischen 2005 und 2008 ca. 140 Interviews mit Mitgliedern der Chin-Gemeinschaft durchgeführt, sowohl im Chin-Staat als auch im Ausland. Sie fand heraus, dass die Chin Opfer von Einschüchterungen und Bedrohungen durch die Junta wurden, deren Ziel es ist, jede Form von Abweichung zu unterdrücken.

Nach Angaben von HRW beruhen die meisten Verletzungen auf Bewegungseinschränkungen, Konfiszierung von Land und Geld, Beschlagnahmung von Lebensmitteln und Eigentum, Zwangsarbeit und religiöser Verfolgung.

„Wir sind wie Sklaven“, sagte ein Chin. „Wir müssen alles tun, was uns die Armee vorschreibt.“ Selbst diejenigen, die ins Ausland geflohen sind, insbesondere in den Mizoram, den nordöstlichen Staat Indiens an der Grenze zu Myanmar, wurden Opfer religiöser Diskriminierung und von Missbrauch. Oft werden Männer und Frauen der Chin als Träger oder zur Räumung von Minenfeldern angestellt.

Bekennender und verfolgter Buddhismus

Seit die Militärjunta die Religion zu politischen Zwecken benutzt, hat ihre Politik nicht nur Auswirkungen auf die Minderheiten, sondern auch auf die Mehrheit der Buddhisten in diesem Land. Das frühere Birma hatte keine Staatsreligion. In dem Land leben viele ethnische Gruppen, von denen jede oft ihre eigene spezifische Religion hat. Seit der Unabhängigkeit versuchen je-

doch die burmesischen Regierungen sich mit den Buddhisten zu verbinden und ihre Religion zu unterstützen. 1961 scheiterte der Versuch, den Buddhismus als Staatsreligion einzuführen, aufgrund von Protesten von Minderheiten.

Als das Militär 1988 auf brutale Weise gegen die riesigen prodemokratischen Massenbewegungen vorging und die Verfassung außer Kraft setzte, verlor die Religionsfreiheit ihren rechtlichen Schutz und wurde unterdrückt. Der Theravada Buddhismus, der von der Mehrheit der Bevölkerung praktiziert wird, ist nicht die Staatsreligion, wird aber von der Regierung kontrolliert und begünstigt, während christliche und muslimische Minderheiten verfolgt werden.

Nach Angaben des International Religious Freedom Report der US-Regierung von 2007 erlauben burmesische Behörden den meisten Menschen, die eingetragenen religiösen Gruppen angehören, sich zur Religion ihrer Wahl zu bekennen. Allerdings legen sie ihnen hinsichtlich ihrer religiösen Aktivitäten starke Beschränkungen auf und schränken die Religionsfreiheit ein.

Die Regierung dringt weiterhin mehr oder weniger offen in fast alle religiösen Organisationen ein und überwacht ihre Zusammenkünfte und Aktivitäten. Sie vereitelt systematisch die Bemühungen der buddhistischen Geistlichen, Menschenrechte und politischen Frieden zu fördern, und behindert gewaltsam (oder durch ausdrückliches Verbot) den Bau von Gebetsstätten religiöser Minderheiten.

Das Regime bedroht sogar die Familien von Mönchen, die an friedlichen Demonstrationen teilnahmen. Es übt auch Vergeltung gegen diejenigen, die sich der regimEFEINDLICHEN Protestbewegung von 2007 angeschlossen hatten. Diese wurde von der Regierung blutig niedergeschlagen. Seither belegt das Regime die Mönche mit Restriktionen und schränkt ihre Reisefreiheit und ihre traditionellen Gebete ein.

Muslime

Wie andere Minderheiten leiden auch Muslime unter Restriktionen, strengen Kontrollen und Gewalt. Im Rakhaing-Staat ist am stärksten die muslimische Volksgruppe der Rohingya betroffen. Die Rohingyas gehören zu den ärmsten und am meisten verfolgten Gruppen. Das Militärregime zählt sie noch nicht

einmal zu Bürgern der Union von Myanmar. Auch erlaubt sie ihnen nicht, Land zu besitzen, sich frei zu bewegen oder ohne „besondere Erlaubnis“ der Behörden zu heiraten. Zehntausende haben aus diesem Grund Zuflucht im Ausland gesucht, vor allem in Bangladesch und Malaysia, beides überwiegend muslimische Staaten. Die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge wird auf ungefähr 200 000 geschätzt, vielleicht sogar auf 300 000, von denen die meisten in Bangladesch unter Hausarrest gestellt sind.

Quellen

AsiaNews
Compass News Direct
Human Rights Watch
Mizzima
Democratic Voice of Burma
The Irrawaddy
Myanmar